

Romkaiserische Post

34136741
342410133

Die Geschäftsstelle befindet sich in der Wohnung des Vorstehers des R.L.S. des Verb. d. transl. Deutschen, E. Trüfner, Tiflis, 2. Stadtteil, Subaloff-Straße (frühere Malo-Sjubeznoj) Nr. 11, 1. Etage.

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Samstag**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11 Uhr vorm. — Sprechstunde der Redaktion: daselbst — werkt. von 6—7 Uhr abends.

Nr. 3.

Tiflis, Sonnabend, den 21. Januar 1922.

14. Jahrgang.

Volkshaus Subaloff.

Montag, den 23. Januar:

Deutscher Theaterabend.

Zur Aufführung gelangt:

Reifen. 3 Akte von H. Sudermann
(1. Margot. — 2. Der letzte Versuch.
— 3. Die ferne Prinzessin).

Regie: Adolfin. — Beginn: 8 Uhr abends.

Killette sind zu haben: 1) In der Konditorei Horkne (Aulawest-Prof.); 2) im Bahnärztlichen Kabinett von E. Prikmann (Michael-Gasse) und 3) an der Theaterkasse.

Die Dramatische Sektion der Ortsgruppe Tiflis des Verb. d. transl. Deutschen.

Politische Nachrichten.

Die Verhandlungen in Cannes haben ein vorzeitiges Ende gefunden. Der französische Ministerpräsident Briand hatte es nämlich plötzlich für nötig erachtet, nach Paris abzureisen, von wo er nicht mehr zurückkehrte. Er hat mittlerweile demissioniert. Mit ihm ist natürlich das ganze Kabinett gegangen. Ein neues ist mit Raymond Poincaré an der Spitze gebildet worden, das aber nicht gerügt ist, die Verhandlungspolitik Brands fortzusetzen. Poincaré war bekanntlich früher Präsident der französischen Republik. Der „alte Kriegstreiber“, wie ihn die „Frankf. Ztg.“ nennt, hatte mit Briand nicht übereingekommen, er galt ihm als zu nachgiebig gegenüber Deutschland, an dessen Zahlungsfähigkeit er nicht glauben will. „Mein geldlicher, keinesfalls ein wirtschaftlicher Bankrott!“ — so beurteilt Poincaré, die Worte des Abgeordneten de Lasteyrie, jetzt Mitglied seines Kabinetts, nachsprechend, die gegenwärtige Lage Deutschlands. Briand habe sich durch den „fiktiven“ Kontrakt irregeführt lassen, und als Lloyd George die Parole ausgab, es müsse Deutschland erst die Möglichkeit geboten werden, wirtschaftlich wieder in die Höhe zu kommen, ehe es zu weiteren Zahlungen der Reparationspflicht gezwungen würde, da hätte Briands Nachgiebigkeit jedes zulässige Maß überschritten. Und deshalb verfolgte ihn Poincaré so sehr, in der Presse wie im Senat (Kommission für auswärtige Angelegenheiten, mit P. als Vorsitzendem), schwärzte ihn nach Kräften an und ruhte nicht eher, als bis Briand auch in der Reputationskammer den Boden unter den Füßen verlor und vor den Anhängen seiner unter die Westbank des Hauses ausweichenden Gegner erlwich und damit zugleich Poincaré die Bahn freilag. — Ob in Anbetracht des Kabinettwechsels das in Cannes in seinen Grundzügen festgelegte englisch-französische Schutz- und Trutzbündnis — „zur größten Sicherheit Frankreich im Falle eines Angriffs auf dieses“ — verwirklicht werden wird, ist fraglich, da Poincaré erklärt, der englischen „Vormundschaft“ bzw. „Kontrolle“ entraten zu können, die nicht von der Hand zu weisen wäre, sofern nämlich Lloyd George für England das Recht ausbedingt, von sich aus zu entscheiden, ob Frankreich tatsächlich angegriffen worden sei und deshalb der englischen Hilfe teilhaftig werden müsse, oder ob es den Angriff durch eigene Schuld hervorgerufen und deshalb auf die Unterstützung Englands nicht zu rechnen habe. — Der „grandiose“ Plan Lloyd Georges einer Wiederherstellung des Wirtschaftsteils in Europa, einschließlich Sowjet-Russlands, mit Hilfe Deutschlands, als Werkmeister, — das englisch-fran-

zösische Bündnis, dem Italien sich anschließen wollte, wäre nur als Bestandteil jenes Monsterprogramms gedacht gewesen, heißt es — hat ebenfalls nicht die Zustimmung Poincarés, der hinter dem Plan lediglich das Bestreben Lloyd Georges erblickt zu müssen glaubt, die sich anbahnende militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft Frankreichs auf dem europäischen Festlande und die sich hieraus von selbst ergebende politische Hegemonie derselben von vornherein zu unterbinden. Trotzdem bleibt der englische Premier, mit der der anglosächsischen Rasse eigenen Fähigkeit und Energie bei seinem Entschluß und hat dementsprechend in Cannes versichert, daß „wenn Frankreich nicht mitun wolle, es auch ohne dasselbe gehen werde“. — In Genua soll nun, laut Beschluß des Obersten Rates, am 8. März d. J. eine internationale finanzielle und wirtschaftliche Konferenz eröffnet werden, zu der ca. 30 Staaten, auch Sowjet-Rußland u. Deutschland, eingeladen werden. Das Programm der Konferenz sieht unter anderem die Wiederherstellung des Wirtschaftsteils und die Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands vor. Dr. Rathenau, welcher in Cannes im Namen der deutschen Regierung Erklärungen über die Finanzlage Deutschlands abgegeben hat, die allgemeine Beteiligung Deutschlands an der Konferenz zugesagt. Die russische Regierung hat auf die Einladung auch schon geantwortet, aber dabei hinzugefügt, daß Lenin, dessen Anwesenheit auf der Konferenz namentlich gewünscht wird, wohl schwerlich in der Lage sein werde, bei dem Übermaß von Arbeit, das er zuzumachen zu bewältigen habe, sich freizumachen, um der Konferenz beizuwohnen zu können; doch würden die Delegierten, welche zur Konferenz erschienen, genau dieselben Vollmachten besitzen, wie Lenin, und wäre somit in dieser Beziehung nicht zu befürchten, daß aus Russlands willen die Verhandlungen in Genua verzögert oder sonstwie gehemmt werden könnten. Als Ort der Konferenz würde die russische Regierung allerdings so heißt es in der Antwort Tschitscherins, statt Genua, das mit Rußland keine direkte Verbindung habe, London empfehlen. Dieser Vorschlag scheint aber beim Obersten Rat nicht Anklang gefunden zu haben, da auch spätere telegr. Nachrichten nur von Genua als dem Ort der bevorstehenden Konferenz zu berichten wissen. Ob Amerika an der Konferenz teilnehmen wird, ist zurzeit noch unentschieden, da der Kongreß zu der Einladung noch nicht Stellung genommen hat. — Die Reparationszahlungen Deutschlands, welche am 15. Januar und am 15. Februar im Betrage von je 500 Millionen Goldmark erfolgen sollten, sind mit Verdrüsslichkeit der Inhaber Deutschlands von Obersten Rat gemeldet worden; und zwar sollen dieselben allmählich (in Monatsraten) im Laufe des Jahres beglichen werden. Gefordert werden gewisse Garantien, mit denen die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich solens volens schon ausführen werden. Aber Poincaré? Gewiß hat er manches hiergegen einzumenden, doch kann er es nicht riskieren, soll die Entente nicht total in die Brüche gehen, für die die Beschlüsse des Obersten Rates immerhin verbindlich sind.

„Kronpräsident Rupprecht“.

Besonders behandelt wird von der „Frankf. Ztg.“ in einem Artikel, welcher die Überschrift trägt: „Kronpräsident Rupprecht“, die Proklamation des letzteren, welche während der Beisetzungsfeierlichkeiten in Mün-

chen*) von amtlichen Publikationsorganen des Freistaats Bayern („Korrespondenz-Blatt“ und „Bayerische Staatszeitung“) verbreitet wurde. Diese Rundgebung des ehemaligen Kronprinzen sei mehr als eine Richtvermahnung, sie sei: „eine Demonstration gegen die Republik, eine Demonstration des Willens, die Königsherrschaft wieder an die Stelle der Volksherrschaft zu setzen“. Denn die Worte, mit denen sich Prinz Rupprecht an das bayerische Volk wende, enthielten mehr, als eine bloße Dankesbezeugung für die ihm anlässlich des Hinscheidens seines Vaters erwiesenen „Zeichen der Treue“. Der Aufsatze stelle die Behauptung auf, daß nach dem Zusammenbruch des Reiches, in einem Augenblick der Unordnung und Verwirrung, die Preisgabe von wesentlichen, für das Bestehen des bayerischen Staates unentbehrlichen Rechten erfolgt sei, und habe damit eine scharfe, die partikularistischen Zustände aufweisende Kritik an der in Weimar gefassten unter Zustimmung der Bayerischen Volkspartei beschlossenen Reichsverfassung. Kronprinz Rupprecht wolle eine solche Auffassung der Ubertretung seines Hauses, der Geschichte und der Zukunft schuldig sein. Indem er diese Konstatierung mit der Hoffnung verbinde, daß sich das bayerische Volk mit Gottes Hilfe aus seiner jetzigen Verdrüssnis wieder emporrichten werde, gewinne seine Stellungnahme einen aggressiven Charakter im Sinne programmatischer Forderungen. Dieser Einbruch werde noch verstärkt durch die feierliche Erklärung, daß er nimmermehr in „die Rechte seines Vaters“ eingetreten sei, von dem allerdings bekannt sei, daß er einen formalen Verzicht auf den Thron niemals ausgesprochen habe. Der Kronprinz vergesse dabei aber ganz das er am 10. Nov. 1918 einen Jurisprudenz an die nur bayerische Regierung gerichtet habe, in der er wohl Verwahrung einklagte gegen eine Umwälzung, die ohne Mitwirkung des ganzen Volkes und der gesetzgebenden Gewalten vor sich gegangen sei, aber hinzusetzte: „Bayerens Volk und sein seit Hunderten von Jahren mit ihm verbundenes Fürstentum haben Anspruch darauf, daß über die künftige Staatsform durch eine konstituierende Nationalversammlung entschieden werde, die aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist.“ Die Nationalversammlung habe sich die Staatsform der Republik gegeben, die überdies durch die Reichsverfassung für alle deutschen Länder festgelegt sei. Heute aber solle das, was der Kronprinz damals selbst gefordert habe, bloß noch „ein Föderalismus“ sein, der nicht genüge, die Beziehung des bayerischen Volkes zu den Mitteleuropäern zu lösen! —

Im bayerischen Landtag erklärte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld auf den Vorwurf, daß die Regierung zur Proklamation des Kronprinzen Rupprecht keine Stellung genommen habe: Die Regierung betrachte sich als Hüterin der Ordnung und der bestehenden Verfassung. Sie habe von diesem Standpunkt aus die Rundgebung gewissenhaft geprüft, eine staatliche Stellungnahme aber nicht für veranlaßt erachtet, da in der Rundgebung eine Aufforderung zu einer gewalttätigen, landesverräterischen Umwälzung nicht zu entdecken gewesen sei. Auch der Hinweis auf gewisse Gefahren im Zusammenhang mit französischen Bestrebungen gehe fehl. Man tue dem Urheber der Proklamation Murren, wenn man ihn zutraue, daß nicht auch für ihn die Lebensinteressen der deutschen Nation ausschlaggebend seien. Es könne doch überhaupt keinen vernünftigen Menschen geben, der das Gut der nationalen Einheit leichtfertig durch Nationalsozialismus, durch Anrufen des Auslandes oder durch den Bürgerkrieg gefährden wolle.

*) Siehe im Detail: „Die Münchener Beisetzungsfeierlichkeiten“.

Zu den Minderungen in Wien.

Von Dr. Gustav Stolper.

Wien, im Dezember 1921.

Am 1. Dezember ist in Wien gekündigt worden*). Erste solcher Art und solchen Umfangs hat es hier in den ereignisreichen Zeiten der Revolution nicht gegeben. Milliarden Schaden ist angerichtet, eine große Zahl von Gewerbetreibenden ruiniert, ein paar tausend Kellnern und Hotelangestellten droht Arbeitslosigkeit. Seither herrscht Ruhe, aber niemand ist beruhigt. Man hat viel eher das Gefühl, daß an diesem Donnerstag nur gleichsam der erste Alarmruf gefallen ist, daß man erst Vorboten eines Sturmes erlebt hat, der sich in furchtbar schwarzen Wolken am Horizont vorbereitet. Wer mit offenen Sinnen die Entwicklung der letzten Monate verfolgt hat, ist davon nicht überrascht. Ein Frankfurter von 1600, ein Dollarkurs von 5500, ein Kurs der tschechischen Krone von 93 Kronen, das sind Ziffern von solcher Einseitigkeit, daß sie nur Narren oder Minister widerlegen können. Mitte Oktober ist der aus der treuen und pflichteifrigen Bürokratie des Finanzministeriums hervorgegangene Dr. Gimm zurückgetreten, und sein Portefeuille hat der christlich-soziale Abgeordnete Dr. Gürtler übernommen, dem der Generalrat der Anglo-Bank Dr. Rosenfeld formell als unbeamteter Berater, tatsächlich als der eigentliche Kopf des Amtes, zur Seite trat. Seit dem Amtsantritt dieser beiden Männer sind Dollars, Franken und tschechische Kronen auf das Dreifache gesiegen. Ein krasser Mißtrauensvotum der Öffentlichkeit zu den Plänen der Herren Gürtler und Rosenfeld ist kaum der Fall. Was immer die Absichten der neuen Männer waren, die Revolution der Devisenkurse hat ihnen die Grundlage entzogen.

Wenige Tage nach Übernahme seines Amtes hat Dr. Gürtler dem Parlament den Voranschlag für 1922 vorgelegt. Dieses Budget sah bei 93 Milliarden Einnahmen und 268 Milliarden Ausgaben ein Defizit von 165 Milliarden vor. Davon sollten 83 Milliarden allein auf die Prozuschüsse entfallen. Ihre Beseitigung sollte das hauptsächlichste Mittel der finanzwirtschaftlichen Sanierung sein. Dr. Gürtler und Dr. Rosenfeld kündigten in zahllosen Reden und Zeitungsartikeln an, daß auf diese Weise die Hälfte des Defizits beseitigt würde, der Rest sollte durch

Tarifserhöhungen, Steuern und innere Anleihe gedeckt werden. Schon damals hat das tatsächliche Defizit mindestens 220 Milliarden betragen. Seither hat die Regierung neue Einnahmen erschlossen, deren Ertrag sie selbst mit nicht weniger als 115 Milliarden veranschlagt! Sie stammen in der Hauptsache aus der Erhöhung der Eisenbahntarife, Postport, Telefongebühren, Tabakpreise, aus einer Erhöhung der Getränkesteuern, der Erwerb- und Grundsteuern, aus der neu eingeführten Börsenbesuchsabgabe und anderem. Aber seither müssen auch die Staatsbahnen jede Tonne böhmischer Braunkohle dreimal so hoch bezahlen, sind die Preise des Rohabzugs auf das Dreifache gestiegen und vor allem die Beamtengehälter wiederholt, wenngleich in unzureichendem Maße, hinaufgesetzt worden. Das Geld unter den Staatsangestellten ist beispiellos, und die Entlohnung unter den ältesten Hofräten macht sich in Ausdrücken Luft, die von wilden Römantikern stammen könnten.

Der schwerste Schlag soll aber die verbrauchende Bevölkerung erst am 1. Januar treffen. Von diesem Tag an will der Staat die Lebensmittelzuschüsse einsparen, soll jedermann den vollen Brot- und Mehlpreis aus eigenem bezahlen. Die Minderungen haben an dem Tag fünfzigtausend, an dem der Brotpreis von 34 auf 74 Kronen erhöht wurde, weil die Bäckerlöhne erhöht werden mußten. Wenn der Staat die Zuschüsse einstellt, wird bei den jährlichen Devisenkursen ein Laib Brot auf 500 bis 600 Kronen zu stehen kommen. Diese Ziffer macht die lärmende Angst begreiflich, mit der die Bevölkerung den nächsten Wochen entgegensteht. Der Finanzminister gebraucht gern das Argument, daß in Gold gerechnet, die österreichischen Staatsausgaben und das Defizit verschwindend gering sind. Aber er übersieht dabei beharrlich, daß ein Weltmarktpreis für Brot und Mehl auch einen andererseits Weltmarktpreis für das Durchschnittseinkommen des österreichischen Bürgers bedingt, während zurzeit der österreichische Bundespräsident ein Jahresgehalt von 150 Dollars oder rund 800 Franken bezieht. Und die Gehälter der übrigen Staatsbeamten und sonstigen Festangestellten bleiben in entsprechendem Abstand hinter diesen Beträgen noch zurück. Aber Dr. Gürtler hält an seinem Plane fest. Er widerstrebt sogar (von seinem Standpunkt nicht mit Unrecht) dem aufzuweisenden Abbau der Zuschüsse. Und er kann sich diese Festigkeit erlauben, weil er sich einer gewissen sympathischen Duldung bei den sozialdemokratischen Führern

erfreut, mit denen er seit den Tagen von St. Germain freundschaftliche Beziehungen unterhält und denen er die Duldung seiner Politik durch zwei Mittel ersichert: er geht mit äußerster Bereitwilligkeit auf jeden Wunsch der Arbeiter ein und er hält hemmungslos demagogische Reden gegen Banken, Börsen und Devisenspekulation, die dem Ohr der Massen gefällig klingen, aber die Stimmung noch mehr verbittern.

Die Sozialdemokratie nimmt der Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse zu, aber sie lehnt die Verantwortung für den vollen Abbau ab. Sie forderte die Beschneidung der Devisen und Valuten, obwohl ihre maßgebenden Führer genau wissen, daß eine solche Maßnahme technisch undurchführbar und wirtschaftlich katastrophal wäre. Sie verlangen Garantien für die Sicherung des Reallohnens, obwohl natürlich die Beseitigung eines staatlichen Defizits von einigen hundert Milliarden nur bei äußerster Verbrauchseinschränkung der Massen, also bei einschneidender Reduktion des Reallohns möglich ist. Ein von Unternehmern und Gewerkschaften gebildetes Komitee hat sich darüber auch bereits geeinigt: Arbeiter und Angestellte sollen für sich und ihre nicht erwerbstätige Lebensgefährten vom Unternehmer einen Zuschuß in der Höhe der Differenz zwischen den Preisen der rationierten Lebensmittel und der rationierten Menge am 15. Dezember und 1. Januar erhalten. Außerdem wird die sogenannte Kinderversicherung eingeführt. Aber damit ist noch lange kein Ausgleich für die Verteuerung aller anderen Waren geschaffen, die infolge der Verzinsung des Brotpreises eintreten muß, und den die Arbeitnehmer in künftigen Lohnkämpfen durchzusetzen sich vorbehalten.

Kein Wunder, daß die Massen, denen die Not die Kehle zugeschnitten, die nicht 600 Kronen für ein Kilogramm Mehl, 450 Kronen für Zucker, 120 Kronen für ein Ei, 70 Kronen für ein Kilogramm Kartoffeln und 80 000 Kronen für einen Anzug bezahlen können, ja, die in einem frühen bitteren Winter frieren müssen, weil sie nicht einmal die allmählich zugewiesene Kohlenration beziehen können, an dieser Politik irre werden und der Hand ihrer Führer entgleiten. Nur wird alle Demagogie des christlich-sozialen Finanzministers und alles Wohlwollen seiner allgelehrtesten sozialdemokratischen Opposition nicht verhindern, daß sich ein Volk mit allen Mitteln, solange es geht, gegen den drohenden Untergang zu wehren sucht.

Die Warnung vom 1. Dezember hat freilich nicht

*) Siehe im Feuilleton: „Feuerungskrawalle in Wien“.

Feuilleton.

Die Münchener Beisetzungsfeierlichkeiten.

Wir berichteten seinerzeit über den Tod des ehemaligen Königs von Bayern Ludwig III. Am 5. 11. 21 fand in der Landeshauptstadt München die feierliche Beisetzungsfeier der kaiserlichen Leiche und der seiner ihm im Tode vorausgegangenen Gemahlin, der letzten bayerischen Königin, in Gegenwart des Kronprinzen Rupprecht statt. Die „Frankf. Ztg.“ schildert den Vorgang, den sie als eine „politische Demonstration“ bezieht, worauf wir am Schluß dieses Artikels noch zurückkommen werden, wie folgt:

„Ganz München war seit den frühesten Morgenstunden auf den Beinen, um das Schauspiel zu sehen, dem neben der aufrichtigen Anteilnahme weiter Bevölkerungskreise gerade das Schauspiel der Menge einen außerordentlichen Reiz gab. Handel und Wandel ruhen, die Betriebe feiern. Am Gericht finden keine Verhandlungen, an den Hochschulen keine Vorlesungen statt. Die Minister der Ministerien, die Volks- und Mittelschulen, fast alle Geistliche, vor allem in der inneren Stadt, sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist auf vielen Hauptlinien den halben Tag stillgelegt. Gegen 1/9 Uhr beginnt der Trauerzug sich in Bewegung zu setzen, um an der Ludwigskirche vorüberzuziehen, in deren Vorhalle die beiden Särge aufgebahrt waren, bis sie von den Beisetzungswagen aufgenommen und dann im Zuge weitergeführt werden. In weitem Umkreise zieht der Konvoi durch die von einer dichten Menschenmenge umäumten Straßen seinem Ziele zu. Stundenlang dauert der Vorbeimarsch. Voraus in bunter Folge die Schützen, Sport-, Turn-, Krieger- und Frauenvereine, wirtschaftliche und Berufsorganisationen aller Art, studentische Korporationen und Offiziersverbände und viele Deputationen aus dem ganzen Lande. Ein end-

loses Wandelbild, durch die Farben der Fahnen und Uniformen belebt. Die Leichenwagen, denen die gesamte Geistlichkeit als Begleitung folgt, werden von der Reichswehr eskortiert. Hinter den Wagen schreiten die Mitglieder des ehemaligen Königshauses, an ihrer Spitze Kronprinz Rupprecht mit dem Marschallstab. Dann folgen die Minister, der Landtag, Vertreter des Reiches und der Eingeländigen, die früheren Hofbediensteten und die gesamte Beamenschaft. Alles prinzipiell genau nach Rangklassen geordnet, so wie es die Etikette einer vergangenen Zeit vorschrieb. Durch die Propäden, von deren Türmen schwebende Rauchfahnen zum Himmel steigen und von deren Zinnen die Fanfarenzüge ertönen, geht es zum Königspalast, der von Kaiserhand in ein festliches Trauergewand gekleidet ist. Hier haben Zehntausende von Schülern Aufstellung genommen. Glockengeläute, Trauermusik und Chorgesänge begleiten den Zug, der sich langsam zur Frauenkirche weiterbewegt. Zu den hohen, mit ungezählten Kranzpenden geschmückten Hallen des Münchener Domes empfing Kardinal v. Faulhaber mit dem gesamten Episkopat die beiden Särge. Nach der Trauerrede des Kardinals und dem Pontifikalrequisiem, das der Regensburgs Bischof v. Henle hielt, wurden die sterblichen Überreste des letzten bayerischen Königspaares ihrer Ruhestätte übergeben.“

Hierauf die Betrachtung des genannten Altes: „Das letzte bayerische Königspaar ist im Tode in die Landeshauptstadt zurückgeführt, die es bei Ausbruch der Revolution in nächstlicher Flucht heimlich und einsam verlassen mußte. Keine Menschenseele, die sich damals des gängigsten Feindespaars angenommen hätte; fobiel Habe sich einst bei jedem Anlaß zum Treuechwur bei den König zu erheben pflegte, keine, die in dieser Stunde sich zu seinem Schutze gerührt hätte! Wo waren damals die Tausende, die von der Gunst des Hofes gelebt oder sich in ihr gesonnt hatten? Sie haben sich inzwischen alle wieder eingefunden. Sie alle, die ihren König in der Gefahr im

Stiche ließen, drängten sich nun, die ersten zu sein, um ihm die „letzte Ehre“ zu erweisen. Es gibt Monarchisten, die aus einem Gefühl der Scham heraus die Bepflichtung empfinden hier etwas wie eine Grenzschuld wieder gutzumachen. Gewisse Kreise aber hoffen, daß aus der Gruft des Bayernkönigs der monarchistische Gedanke auferstehen möge. Jenen soll die Trauer am Grabe als Mittel einer politischen Demonstration dienen. Wichtiger als die Beisetzungsfeier, die in diesem vom nationalen Leid erfüllten Tagen wahrlich keines lauten Ausdruck bedurfte, hätte, gilt ihnen die sichtbare Bändigung ihrer Abneigung gegen die Republik. Daher werden sie alles auf an Rändern der Regie und an faulem oder stärkerem Druck, amtlichem oder gesellschaftlichem Einfluß, um ein Schauspiel zu zeigen, vor dem die Erinnerung an alle Veranlassungen gleicher Art verblasen sollte. Wo in der Tat, wie bescheiden nahm sich dagegen vor neun Jahren das Begräbnis des vom ganzen Volke verehrten Prinzregenten Ludwig aus! Auch der Aufbruch, den die Heimkehr des toten Königs infolge des monarchischen Abenteuers in Ungarn erlitten hatte, war den Vorbereitungen in München zuhause gekommen. So konnte sich bei der heutigen Beisetzungsfeier ein Gepränge entfalten, das nicht größer hätte sein können, wenn es Ludwig III. beschieden gewesen wäre, nach einer längeren und glücklicheren Regierungszeit als König zu sterben. Ja, es ist durchaus zu bezweifeln, ob soviel äußerer Aufwand dem höchsten Sinn des Verstorbenen überhaupt entsprochen haben würde.“

Feuerungskrawalle in Wien.

In Wien kam es am 1. Dezember zu großen Arbeitsunterbrechungen gegen die Feuerung und im Anschluß daran zu schweren Ausschreitungen. Um die Mittagszeit versammelten sich ungefähr 20 000 Jugendliche und Arbeitslose, die mit Knütteln und zum Teil auch mit

nur der deutsch-österreichischen Regierung, sie hat den Westmächten gegolten.

(„Die Post“, Berlin, Ausland-Ausgabe.)

Zur neuen Wirtschaftspolitik.

In einem Sonderbericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Moskau über die neue Wirtschaftspolitik findet sich u. a. folgende Betrachtung:

„Ausgegangen ist die Reformbewegung von der großen Lebensmittellage und der Bauernfrage. Die Anbauflächen und die Erträge gingen unter der Zwangsbeschaffung der landlichen Produkte stark zurück. Die Abfälle konnte nur darin erlöst werden, daß man den Bauern wider mehr eigenes Interesse an ihrem Betriebe gab. Mit anderen Worten: von der Zwangsablieferung, der „Kontakts“, die nur das Existenzminimum für die bäuerliche Familie freiließ, ging man zur Naturalsteuer, dem „Naturalny Nalog“ über. Das Dekret vom 21. März 1921 über die Naturalsteuer wurde zur Grundlage der neuen Wirtschaftspolitik. Die Abgaben der Bauern wurden jetzt in festen Anteilen von der Gesamtzeugung berechnet, der Ueberschuß verbleibt den Produzenten zur freien Verfügung...

Warum ist man nicht gleich zur Beseitigung der Steuer in Geld übergegangen? Die Frage liegt um so näher, als die Gründung der Staatsbank die Ueberführung des Wirtschaftsebens auf die Basis des Geldverkehrs beschleunigen soll. Auch gibt der Staat nichts mehr umsonst, weder die Eisenbahn, noch die Post oder die Tramways. Weil aber in der kommunistischen Partei die Theorie des Austauschs von Ware gegen Ware noch eine entscheidende Rolle spielt, durfte diese Idee nicht völlig geopfert werden. Die Ackerbauprodukte sollen gegen Fabrikprodukte ausgetauscht werden.

Ihre Ergänzung findet die Einführung der landwirtschaftlichen Naturalsteuer mit Freigabe der überschüssigen Produkte in der Neuordnung in Gewerbe u. Handel. Die Nationalisation aller Unternehmungen, die im ersten und zweiten Revolutionsjahr durchgeführt wurde, ist nicht aufgehoben. Der Staat bleibt Eigentümer der Fabriken und Häuser. Aber er verpachtet den Betrieb an Private, die dann nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten. Die Pachtverträge richten sich im einzelnen nach der besonderen Natur des Gewerbebetriebes. Im allgemeinen wird das

Unternehmen verpflichtet, als Entgelt einen bestimmten Anteil der Produktion an den Staat abzuführen. Ueber den Bezug von Rohmaterialien, die der Staat zu liefern hat, enthalten die Verträge genaue Bestimmungen. Was der Pächter über die abgabepflichtigen Mengen hinaus erzeugt, kann er frei auf den Markt bringen.

Man sieht nun, wie das russische Wirtschaftsleben auf der gegenwärtigen Stufe der Entwicklung theoretisch funktionieren soll. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich um eine Übergangsphase handelt. Denn der vom Staat organisierte Warenaustausch, der auf den von der Landwirtschaft und der Industrie geordneten Abgaben in Natur sich aufbaut, trägt alle Mängel bürokratischer Behandlung in sich. Die logisch sich ergebende Folge wäre, daß die Abgaben in Natur eines schönen Tages in Bargeld gezahlt werden würden. Wann es so weit kommen wird, ist schwer zu sagen. Aber da bei dem freigegebenen Kleinhandel bereits eine regelrechte Gewerbesteuer in Gold erhoben wird, ist nicht einzusehen, warum dieses Prinzip im Ladengeschäft stehen bleiben soll.

Bis jetzt steht die Verwirklichung der „neuen Wirtschaftspolitik“ noch in den Anfängen. In der Lebensmittelversorgung hat sie aber entschieden schon eine Besserung gebracht. Die hohen Preise müssen dabei in Kauf genommen werden. Der freie Handel erstreckt sich auch auf alle Bedarfsartikel, Kleidung usw. Hier hängt der Aufschwung jedoch sehr stark von der Entwicklung des Außenhandels ab, der noch in der Hand des Staates konzentriert und selbst von der Schaffung von Ausfuhrwerten bedingt ist. Eine der ersten Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung bleibt auch die Transportfrage. Die Eisenbahnen müssen erst insland gesetzt und ein geregelter Betrieb gesichert werden, ehe an eine wirkliche Belebung von Industrie und Handel im Innern Russlands gedacht werden kann. Was in den Dekreten bestimmt wird, steht zunächst nur auf dem Papier. Doch ist bei allem zu beachten, daß der tote Punkt überwunden ist. Das Prinzip der Privatwirtschaft ist eingedrungen. Es drängt nach allen Seiten zum Durchbruch.

Diese langsame Anerkennung der kapitalistischen Methoden bedeutet jedoch noch keinen Verzicht auf das kommunistische Ziel. Es ist zunächst nur ein Zugeständnis an die unabweisbare Notwendigkeit. Das ferne Ziel soll auf diesen Lawzen erreicht werden. Aber wenn man sieht, mit welcher Energie Lenin gegen die Ideologie auf-

tritt, dann muß man sich auch sagen können, daß der Umweg kein Rückweg mehr sein kann.“

Moskauer Eindrücke.

Der diplomatische Vertreter Finnlands in Moskau, Oskari Wäinölä, hat bei seinem jüngsten Aufenthalt in Gorki-Borssej-Verkehrern über seine Moskauer Eindrücke Mitteilungen gemacht, die nach der Wiedergabe des in Berlin erscheinenden russischen Blattes „Golos Moskvi“ (Stimme Russlands) sich wie folgt zusammenfassen lassen:

Man gewinnt im allgemeinen den Eindruck, daß Russland seit der Deklaration der sogenannten neuen, im Grunde genommen aber alten, vorrevolutionären Wirtschaftspolitik zu rein bürgerlichen Zuständen zurückkehrt, obgleich die kommunistische Presse solches nicht wahr haben will und deshalb tatsächlich behauptet, daß der Scheitern, das kommunistische Programm keineswegs aufgegeben und das Aufgeben gewisser Stellungen an der Kampffront wider den Kapitalismus bloß ein Mäander bedeute, um hernach zu umso kräftigeren Schlägen auszuholen zu können. Der ganze Mechanismus der Verwaltung befindet sich allerdings noch wie vor in den Händen der Sowjetmacht. Die Möglichkeit eines gewaltsamen Umsturzes liegt auch nicht vor, denn die Machthaber, welche am Ruder sind, dürften so ziemlich die einzigen altbewährten Elemente in Russland sein, wie überhaupt die kommunistische Partei zurzeit allein instand ist, den Gehoriam im ganzen Lande zu erzwingen. Wie dem aber auch sein mag, eines steht unweifelhaft fest: Leute, welche Geld haben, leben jetzt in Russland ganz normal. Für Geld kann man alles und in beliebigen Mengen erhalten. Die Zentralbanken Moskaus werden immer mehr vom Handel belebt. Ja, man kann sagen: der Handel in Moskau blüht, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo auch wir das fühlen werden. Fast alle Staaten haben großes Interesse an dem Verkehr mit Russland und alle haben dort ihre Vertreter. Die gemeinsame Arbeit der finnischen Vertretung mit der Sowjetregierung ist, ungeachtet des unendlichen Notenaustauschs, eine zufriedenstellende. Die Antworten auf verschiedene Anfragen erfolgen unverzüglich, und die Form ist eine tadellose, gleichwie auch die französische Sprache, in der die Schriftstücke verfaßt sind. Um größere Vorteile aus dem Verkehr mit Sowjet-Russland ziehen zu können, sollte Finnland sich bemühen, der Sowjetregierung gegenüber noch mehr Entgegenkommen zu zeigen.

Schusswaffen bewaffnet waren. Der Zug bewegte sich vor das Parlament und sodann in die innere Stadt auf die Ringstraße. Die Demonstranten drangen in die Kaufhäuser ein und zertrümmerten die Fensterheben, elektrischen Installationen und Einrichtungsgegenstände. Besonders in den großen Hotels in der Ringstraße, die hauptsächlich von Entenentgebern bewohnt sind, waren die Ausschreitungen besonders schwer. Die Ausländer ersuchten den Präsidenten der Reparationskommission um Schutz. Der Sekretär des Präsidenten versuchte in deutscher Sprache die Demonstranten zu beruhigen mit dem Hinweis, daß die Inassen des Hotels japanische, britische und französische Staatsangehörige seien. Dieser Versuch war jedoch vergeblich. Auch das Grand-Hotel sowie das Hotel Imperial hatten unter den Plünderungen der Demonstranten zu leiden. Eine große Anzahl von Kaufhäusern und Ladengeschäften wurde fast vollständig ausgeplündert. Die Demonstranten schlugen in den Geschäftslökalen die Fensterheben ein und drangen dann in das Innere der Geschäfte, wo sie sämtliche Lebensmittel, Schuhe und andere Bekleidungsstücke raubten. Die Polizei war den Plünderern gegenüber zu schwach machtlos. Erst in den späten Abendstunden gelang es der zahlreich aufgetretenen Polizei zu Fuß und zu Pferde, auf dem Ring einigermaßen Ruhe zu schaffen. Es waren aber noch verschiedene Trupps von Demonstranten in der Stadt in Bewegung, so daß noch weitere Ausschreitungen befürchtet werden.

In den Florisdorfer Fabrikbetrieben hatten die Arbeiter, wie es heißt, wegen der neuerdings verstärkten Zerstörung um Mittag die Arbeit niedergelegt. Sie versammelten sich zu einem Demonstrationsszug, der durch Zug aus anderen Stadtteilen verstärkt, sich zum Parlament bewegte. Hier wurde eine Abordnung unter Führung eines sozialdemokratischen Abgeordneten zum Bundeskanzler entsandt, dem sie im Beisein des Finanzministers folgende Forderungen zur Bekämpfung der Zerstörung und ihrer

Hauptursachen vorlegte: „Verwirklichung des sozialdemokratischen Finanzplanes, insbesondere Anforderung der ausländischen Katen und staatliche Kontrolle des Devisenhandels, strenge Strafen für Zuwiderhandlung, Anforderung allen Geldes, auch jenes der Kirchen und Klöster, eine neue Vermögenssteuer, Zahlung einer progressiven Vermögenssteuer, Verbot der Einfuhr aller Luxusartikel, Abbau des staatlichen Lebensmittelschusses.“ Die sozialdemokratische Fraktion des Wiener Arbeiterrates trat am Abend zu einer Sitzung zusammen.

(„Berl. Tagbl.“)

Wiedererwachen des Deutschtums in Nordamerika.

(Aus der engl. Zeitung „Times“.)

Die Notlage Deutschlands hat die Deutschen in den Vereinigten Staaten aus ihrem Schlummer erweckt. In allen deutschen Kreisen hört man den Ruf zur Einigung. Viele deutsche Vereine (Gesangsvereine, Musikvereine, Turnvereine, literarische und volkliche Vereine) haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und seit Friedensschluß zwischen Deutschland und Amerika treten sie öffentlich auf. Die Forderungen einer politischen und nationalen Einigung und Organisation, die früher in den deutsch-amerikanischen Zeitungen nicht zu finden waren, werden jetzt frei veröffentlicht und in den Versammlungen laut besprochen.

Bis jetzt gehörten die Deutschen größtenteils zur republikanischen oder demokratischen Partei, und ihr Einfluß war daher ganz belanglos. Sie wagten nicht einmal, ihre deutschnationalen Bestrebungen zu zeigen. Jetzt werden tagtäglich neue deutsche Schulen verlangt. Daß die Deutschen in vielen Bezirken (Staaten) auf Grund des Wilsonschen Selbstbestimmungsrechtes das Recht haben, eine

Selbstverwaltung zu verlangen, scheinen sie bis jetzt selbst nicht gewagt zu haben. Aber in nächster Zukunft werden die amerikanischen Deutschen eine nationale Selbstverwaltung fordern, und die Welt wird erkannt sein, wenn sie erfährt, daß z. B. in Staate Wisconsin die Deutschen ein Drittel der Bevölkerung ausmachen und in den Staaten New-York, Illinois, Iowa, Ohio, Missouri und andern ein Viertel. Das Verlangen, sich zu einer politischen Nation zu vereinigen und zusammenzufassen, ist wach geworden, und sobald es anerkannt wird, daß den Deutschen eine gewisse Selbstverwaltung gewährt werden muß, wird diese Bewegung wie eine Lawine wachsen.

Diese Bewegung hat allerdings auch Gegner (unter den Angelsachsen), aber die Forderung der Selbstbestimmung läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Wenn die Polen, Ukrainer, Russen, Italiener und Spanier auch ihre Forderungen einbringen, werden die Vereinigten Staaten erfahren, daß sie seit den letzten 20 Jahren nicht mehr die Kraft haben, alle Einwanderer in ihrem Schmelztiegel in Angelsachsen umzuwandeln.

Die Feier der deutschen Sängervereine in New-York und der „Deutsche Tag“, an welchem 70 deutsche Vereine von New-York teilnahmen, sodann die Berichte über die Tätigkeit und die Versammlungen vieler anderer Vereine beweisen, was für eine Macht das deutsche Leben in den Vereinigten Staaten erreicht hat.

Den „Times“ gefällt natürlich das Erwachen der Deutschamerikaner nicht, sie halten es für eine „Gefahr“ und sehen es lieber, daß die 10 Millionen Deutsche von Nordamerika geistige Angelsachsen würden.

A. V.

